

Medienbeobachtung

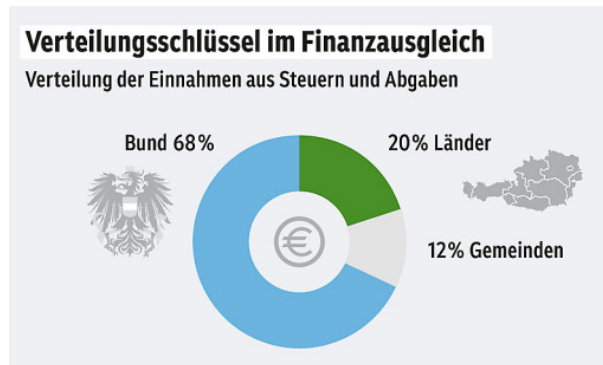
12.07.2023

Inhaltsverzeichnis

S. 3 **Das große Feilschen hat begonnen**
11.07.2023 , orf.at

Das große Feilschen hat begonnen

Finanzminister Magnus Brunner (ÖVP) stehen harte Verhandlungen ins Haus. In der Vorwoche hat der Bund den Ländern einen Vorschlag zum Finanzausgleich geschickt – dieser wird nun einhellig abgelehnt.



Brunner und Raab übermittelten den Ländern Anfang Juli ihren Vorschlag

Die Länder fordern einen höheren Anteil der Steuern, die der Bund einnimmt, alles andere sei eine „Gefahr für Daseinsvorsorge“, hieß es dazu am Dienstag kämpferisch und parteiübergreifend.

Der Finanzausgleich – das alle paar Jahre wiederkehrende Kräftemessen zwischen Bund und Ländern um Steuergeld – muss wieder verhandelt werden. Der Ton ist schon rau, die Länder wollen sich angesichts von Teuerung und Krisen nicht mit den bisher

versprochenen Zusatzmilliarden abgeben. Am Dienstag fand in Wien ein Treffen der Landeshauptleute Michael Ludwig, Hans Peter Doskozil (beide SPÖ), Thomas Stelzer und Markus Wallner (beide ÖVP) statt. Sie führen stellvertretend die Verhandlungen zum Finanzausgleich mit dem Bund.

Der Tenor war einhellig: Der Bund betreibe eine „Hinhaltetaktik“, der in der Vorwoche eingebrachte Vorschlag des Bundes stelle eine Gefahr für die Versorgung der Bevölkerung dar.

„Denn trotz der prognostizierten demografischen Entwicklung werden vom Bund etwa im Bereich der Pflege keine Mittel zusätzlich zur Verfügung gestellt. Auch ist der Bund nicht bereit, den künftigen Bedarf in Form einer adäquaten Valorisierung abzudecken. Unter diesen Rahmenbedingungen können Pflege und Gesundheit nicht ausreichend finanziert werden“, hieß es.

Ruf nach neuem Aufteilungsschlüssel

Verwiesen wurde auch auf eine aktuelle Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO), wonach die von den Ländern und Gemeinden geschulterten Aufgabenbereiche wie Gesundheit, Pflege, Soziales oder Bildung eine „deutlich dynamischere Entwicklung“ aufwiesen als die Bundesaufgaben. Der derzeitige Verteilungsschlüssel (68 Prozent Bund, 20 Prozent Länder, zwölf Prozent Gemeinden) im Finanzausgleich wird nach Ansicht der Länder den Herausforderungen daher nicht mehr gerecht.

Grafik: APA/ORF; Quelle: APA

Der Vorschlag des Bundes beinhaltet laut Brunner und Gesundheitsminister Johannes Rauch (Grüne) zusätzlich bis zu zehn Milliarden Euro über fünf Jahre für die Bereiche Gesundheit und Pflege. Teils geht es dabei um frisches Geld, teils um vorhandene Zuwendungen, die bald auslaufen würden, wie die Kompensation des Pflegeregresses. Auf's Jahr gerechnet, könnten die Länder somit mit rund zwei Milliarden im Jahr dafür rechnen.

Die Abfuhr dafür erfolgte prompt: Zehn Milliarden auf fünf Jahre seien zu wenig, nötig seien sieben bis acht Milliarden Euro für Länder, Städte und Gemeinden pro Jahr, so Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ) Anfang Juli.

„Frisches Geld“

Die vier verhandelnden Landeshauptleute sahen das am Dienstag ähnlich. Der Vorschlag des Bundes erweise sich bei „genauer und saldierter Betrachtung als inakzeptabel“, hielt man fest. So würden entgegen den vom Bund behaupteten zwei Mrd. Euro jährlich lediglich rund 213 Mio. Euro für die Länder bzw. rund 260 Mio. Euro für die Gemeinden in Form von „frischem Geld“ in Aussicht gestellt. Die Länder aber benötigten derzeit zusätzliche finanzielle Mittel in der Höhe von 4,835 Mrd. Euro, die Gemeinden 2,754 Mrd. Euro – pro Jahr.

Auch Kaiser sprach am Dienstag von einer „Hinhaltetaktik“ und einer „Zwei-Milliarden-Euro-Fatamorgana“, die sich in Luft aufgelöst habe. In den Bereichen Pflege- und Gesundheitsversorgung sowie Bildung seien die Länder über Jahre in finanzielle Vorleistung gegangen, nun müsse der Bund sich beim Aufteilungsschlüssel bewegen.

Dazu kündigte er auch eine Sonderlandeshauptleutekonferenz an – mehr dazu
kaernten.ORF.at

Auch Städte brauchen mehr Geld

Unterstützung für die „deutlichen Worte“ des Verhandlungsteams der Länder kam auch von Tirols Landeshauptmann Anton Mattle (ÖVP). „Das Angebot wird trotz notwendiger Reformen nicht ausreichen, um den Finanzausgleich abzuschließen“, erklärte Mattle gegenüber der APA. Bei der Pflege sei das Angebot des Bundes „de facto ein Rückschritt“. Im Gesundheitsbereich würden damit nur ein Bruchteil der Mehrkosten abgedeckt. Es müsse dringend nachverhandelt werden.

APA/Roland Schlager

Solidarisch erklärte sich auch der Städtebund. Generalsekretär Thomas Weninger bekräftigte: „Für die Länder und Städte muss eine ausreichende Finanzierung der Daseinsvorsorge sichergestellt sein. Diese können wir nur mit einer Änderung der vertikalen Verteilung der Mittel und damit mehr Geld – das heißt auch ‚frisches Geld‘ – garantieren.“ Der Vorschlag des Bundes reiche „bei Weitem“ nicht aus. Zudem müsse klar sein, dass es sich weder um Pauschalen noch um zweckgewidmetes Geld handeln dürfe.

Finanzministerium verweist auf Verhandlungen

Das Finanzministerium wies darauf hin, dass es bereits zusätzliche Mittel gebe. „Die Länder rechnen finanzielle Mittel und Maßnahmen aus dem vergangenen Finanzausgleich, die nun auslaufen würden, nicht als zusätzliches bzw. frisches Geld. Tatsächlich sind es aber aus budgetärer Betrachtung Gelder, die im Rahmen des Finanzausgleichs gänzlich neu budgetiert und für die Bewältigung der Aufgaben in Ländern, Städten und Gemeinden zur Verfügung gestellt würden“, hieß es in einer Stellungnahme.

Brunner habe bereits dargelegt, dass der Bund bereit sei, für die Bereiche Gesundheit, Pflege oder Kinderbetreuung deutlich mehr Geld in die Hand zu nehmen. „Klar ist, dass es weitere Gespräche brauchen wird. Am Ende des Tages muss ein sinnvolles Gesamtpaket stehen, das sowohl die Interessen der Länder, des Bundes und der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler berücksichtigt“, so das Finanzressort. Ein Ergebnis soll erst als Komplettpaket präsentiert werden. Vor dem Herbst ist das unwahrscheinlich.

Brunner und Rauch übermittelten den Ländern Anfang Juli ihren Vorschlag

| | |
|---------|---|
| Quelle | orf.at |
| Typ | News Site |
| Land | AT |
| Sprache | Deutsch |
| Adresse | https://orf.at/stories/3323536/ |